

Modernes Strategieverständnis (I) 23.06.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Das Bundesverteidigungsministerium bindet zahlreiche zivile Experten in die Erarbeitung seines neuen Weißbuchs zur Zukunft der deutschen Streitkräfte ein. Entsprechende beratende "Arbeitsgruppen" sind vorrangig mit führenden Vertretern aus Wissenschaft, Think-Tanks, Lobbyorganisationen der Rüstungsindustrie, Politik und Medien besetzt. Begründet wird dies mit dem Konzept der "vernetzten Sicherheit", das nicht mehr zwischen innen- und außenpolitischen "Bedrohungen" unterscheidet, sondern einen "gesamtstaatlichen Ansatz" bei Militäroperationen vorsieht. Erklärtes Ziel ist es daher, die "Kooperation" zwischen Ministerien, Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen entscheidend zu "verbessern" - ein Vorhaben, das den beauftragten Experten zufolge etwa während des Interventionskrieges in Afghanistan "nicht konsequent genug umgesetzt wurde". Darüber hinaus soll die Einbindung ziviler Spezialisten dazu beitragen, die deutsche Bevölkerung für ein forciertes "Krisenmanagement jenseits des Bündnisgebietes" der NATO zu gewinnen. Ergebnis müsse ein "großer Konsens" über die zukünftigen weltpolitischen Aufgaben der Bundeswehr sein, heißt es.

Externe Expertise

Wie das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) vor einiger Zeit mitgeteilt hat, will es bis Mitte kommenden Jahres ein neues "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr" erstellen. Dabei soll nach eigenem Bekunden auf ein "Maximum an Expertenwissen und externer Expertise" zurückgegriffen werden; in den Arbeitsprozess eingebunden sind folgerichtig nicht nur Militärs, sondern auch führende Vertreter aus Wissenschaft, Think-Tanks, Lobbyorganisationen der Rüstungsindustrie, Politik und Medien. Dem BMVg zufolge hat es eine solche "Interaktion" in der Geschichte der Weißbücher zwar "noch nicht gegeben" [1], jedoch entspreche die Beteiligung ziviler Spezialisten an der Erarbeitung militärpolitischer Grundlagendokumente einem "modernem Strategieverständnis" [2].

Das "sicherheitspolitische Umfeld"

Bereits am 17. Februar erklärte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei einer programmatischen Rede in Berlin, eine Neudefinition der deutschen Militärpolitik sei "überfällig". Ihrer Ansicht nach hat sich das "sicherheitspolitische Umfeld" Deutschlands seit dem Erscheinen des letzten Weißbuchs 2006 "ganz wesentlich verändert", weshalb man nun zu "konkreten Richtungsentscheidungen" kommen müsse. Wie die Ministerin mit Blick auf die Bürgerkriege in der Ukraine, im Irak und in Afghanistan sowie auf die Kämpfe in Mali ausführte, gelte dabei grundsätzlich, sich nicht auf ein "starrs Handlungsmuster" festlegen zu lassen, "das unseren Interessen unverrückbare geographische oder qualitative Grenzen setzt". Die Übernahme weltpolitischer "Verantwortung" beinhaltet für Deutschland laut von der Leyen stets, sich alle Optionen offen zu halten: Neben dem Einsatz diplomatischer und entwicklungspolitischer Mittel könne dies in "fragilen Regionen" auch bedeuten, dem Westen gefügige Armeen "zu ertüchtigen, auszubilden und aufzubauen" oder mit eigenen Truppen "zu kämpfen" und "Frieden zu erzwingen".[3]

Vernetzter Ansatz

Folgerichtig sprach sich von der Leyen in ihrer Rede für die Weiterentwicklung des "vernetzten Ansatz(es)" der deutschen Militärpolitik aus.[4] Dieser unterscheidet nicht mehr zwischen innen- und außenpolitischen "Bedrohungen", sondern favorisiert "gesamtstaatliche" Strategien, die militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Operationen ebenso beinhalten wie diplomatische und entwicklungspolitische Maßnahmen. Zum Paradigma der "vernetzten Sicherheit" bekennen sich auch die von der Ministerin zwecks Erstellung des neuen Weißbuchs in insgesamt vier "Arbeitsgruppen" organisierten Experten. So forderte etwa das Gremium, das den "nationalen Handlungsrahmen" der deutschen Militärpolitik untersucht, bereits kurz nach seiner Konstituierung "gemeinsame Lagebewertungen, Fortschrittskontrollen und Evaluierungen" sowie "eng verflochtene Ausbildungen" aller relevanten Ressorts.[5] Die "Arbeitsgruppe" umfasst ausschließlich Zivilisten, darunter der Politiker Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen), der unter anderem dem "Beirat Zivile Krisenprävention" des Auswärtigen Amtes angehört, die Vorstandssprecherin der für die staatliche "Entwicklungshilfe" zuständigen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tanja Gönner, und der Sozialhistoriker Klaus Naumann, Mitherausgeber der renommierten Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Zivil-militärische Kooperation

Erst unlängst erklärte Naumann bei einem "Workshop" der für die Erstellung des neuen Weißbuchs zuständigen Experten, der "vernetzte Ansatz" der deutschen Militärpolitik stehe "nicht mehr zur Disposition". Vielmehr gehe es jetzt darum, die "tatsächliche

Kooperation" zwischen Ministerien, Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen entscheidend zu "verbessern". Als mahnendes Beispiel führte Naumann in diesem Zusammenhang den Interventionskrieg in Afghanistan an; dort sei die "Vernetzung der verschiedenen Akteure" zwar "politisch gewollt" gewesen, "auf vielen Ebenen aber nicht konsequent genug umgesetzt" worden. Laut Bundesverteidigungsministerium äußerten sich andere Teilnehmer des "Workshops" ähnlich. Kritisiert wurde insbesondere das am Hindukusch praktizierte "Nebeneinander-Arbeiten" von Bundeswehr, Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium, das ein "konsequentes Ineinandergreifen der militärischen und zivilen Bemühungen verhindert" habe. Dazu passend warb der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, Ralf Brauksiepe, in seiner Rede für einen "Sicherheitsverbund" aller in Kriegsoperationen eingebundenen Ressorts.[6]

Souveränitätsvorbehalte abbauen

Die von Verteidigungsministerin von der Leyen geforderte Weiterentwicklung des "vernetzten Ansatzes" der deutschen Militärpolitik steht auch bei den anderen für die Erstellung des Weißbuchs zuständigen "Arbeitsgruppen" ganz oben auf der Agenda. So sprechen sich die für die Untersuchung der "Perspektiven der Sicherheits- und Verteidigungspolitik" zuständigen Spezialisten dafür aus, die "Vernetzung" der Mitgliedstaaten von EU und NATO weiter voranzutreiben und etwaige "Souveränitätsvorbehalte" zugunsten einer "stärkeren Integration der Bündnisse" abzubauen. Nur auf dieser Grundlage lasse sich eine "erfolgreiche Bekämpfung" von Aufstandsbewegungen ("asymmetrische Bedrohungen") weltweit sicherstellen, heißt es.[7] Analog zu dem Expertengremium, das sich mit dem "nationalen Handlungsrahmen" der deutschen Militärpolitik befasst, finden sich auch in dieser "Arbeitsgruppe" ausschließlich Zivilisten. Unter Leitung von Sylke Tempel, Chefredakteurin der von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Politik (DGAP) herausgegebenen Zeitschrift "Internationale Politik", tagen hier unter anderem Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel und Präsidiumsmitglied der DGAP, Thomas Bagger, Chef des Planungsstabs des Auswärtigen Amts, sowie die langjährige Redakteurin der Wochenzeitung "Die Zeit", Constanze Stelzenmüller, die aktuell für den renommierten US-amerikanischen Think-Tank "The Brookings Institution" arbeitet.

Kriegskonsens herstellen

Die Einbindung ziviler Experten in die Erarbeitung des neuen Weißbuchs soll nach dem Willen des Verteidigungsministeriums allerdings nicht nur dem "vernetzten Ansatz" der deutschen Militärpolitik zum endgültigen Durchbruch verhelfen, sondern auch dazu beitragen, die Bevölkerung für ein vermehrtes kriegerisches "Krisenmanagement jenseits des Bündnisgebietes" von NATO und EU zu gewinnen [8]. Zwar fanden die Sitzungen der "Arbeitsgruppen" stets "unter Ausschluss der Öffentlichkeit" statt, jedoch würden die hier formulierten Diskussionsergebnisse danach "in Kolloquien vorgestellt, die auch für die Presse zugänglich sind", heißt es.[9] Dieser "Partizipationsprozess" wiederum gewährleiste, dass "durch Einbeziehung vieler sicherheitspolitisch Interessierter und vor allem der Öffentlichkeit" ein "breites Interesse" am Weißbuch geweckt werde.[10] Die Organisation und Moderation des "Partizipationsprozesses" liegt beim Leiter der politischen Abteilung des BMVg, Géza Andreas von Geyr - offenbar aus gutem Grund: Der vormalige Vizepräsident des für Auslandsspionage zuständigen Bundesnachrichtendienstes (BND) will nach eigenem Bekunden sowohl für "Klartext und Substanz" im Weißbuch als auch für einen "großen Konsens" in der Gesellschaft sorgen [11] - zugunsten von Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

[1] Neues Weißbuch: Öffentlichkeit wird beteiligt. www.bmvg.de 21.01.2015.

[2] Weißbuch 2016: FAQ. www.bmvg.de 17.02.2015.

[3], [4] Rede der Verteidigungsministerin anlässlich der Auftaktveranstaltung Weißbuch 2016. www.bmvg.de 17.02.2015.

[5] Weiterentwicklung der vernetzten Sicherheit. www.bmvg.de 18.02.2015.

[6] Auf dem Weg zum Weißbuch 2016: Tagung des dritten Experten-Workshops zum nationalen Handlungsrahmen der deutschen Sicherheitspolitik. www.bmvg.de 22.05.2015.

[7] "Angetrieben durch faktische Verantwortung". www.bmvg.de 19.02.2015.

[8] Partizipationsphase zum Weißbuch 2016: Enge Abstimmung mit internationalen Partnern in Brüssel. www.bmvg.de 30.04.2015.

[9] Weißbuchprozess: Arbeitsgruppe tagt zum internationalen Umfeld der deutschen Sicherheitspolitik. www.bmvg.de 14.04.2015.

[10] Was ist ein Weißbuch? www.bmvg.de 16.02.2015.

[11] Weißbuch-Prozess: die Organisation des großen Diskurses. www.bmvg.de 27.04.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com